

Berlin/Freiburg: 08.03.2023

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

Der VKAD bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung. Ziel des Gesetzesentwurfes ist es, Fachkräfte aus Drittstaaten unkomplizierter und schneller für den deutschen Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Gleichzeitig sollen Menschen aus Ländern außerhalb der EU bessere Möglichkeiten erhalten, in Deutschland eine Arbeitsstelle zu finden. Bereits heute ist der deutsche Arbeitsmarkt in vielen Bereichen von einem Mangel an verfügbaren Fachkräften geprägt. Vor allem in der Langzeitpflege stellt der Fachkräftemangel eine akute Herausforderung dar. Bis 2030 wird die Zahl pflegebedürftiger Personen laut Barmer Pflegereport auf circa 6 Millionen Menschen anwachsen. Um die bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen, rechnet die Gewerkschaft ver.di mit einem Bedarf von allein 110.000 zusätzlichen Pflegefachkräften. Die qualifizierte Einwanderung ist daher eine von mehreren Säulen, um die Herausforderungen des demografischen Wandels anzugehen. Zudem gilt es Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Maßnahmen zur Integration qualifizierter Zuwanderung zu verbessern.

1. Der VKAD unterstützt, dass das zum 1. März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf um wichtige Maßnahmen ergänzt wird. Der Grundsatz des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes aus dem Jahr 2020 – eine qualifikations- und bedarfsorientierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen – hat sich in Ansätzen trotz Covid-Pandemie bewährt. Darauf aufbauend, wird die Fachkräfteeinwanderung künftig auf drei Säulen ruhen: der Fachkräftesäule, der Erfahrungssäule und der Potenzialsäule. Die Fachkräftesäule bleibt das zentrale Element der Einwanderung. Sie umfasst wie bisher die Blaue Karte EU für ausländische Hochschulabsolventen sowie die nationale Aufenthaltserlaubnis für ausländische Fachkräfte mit einem deutschen oder in Deutschland anerkannten Abschluss (Hochschulabsolventen oder beruflich Qualifizierte). Der VKAD befürwortet, dass eine Fachkraft mit akademischer Ausbildung künftig jede qualifizierte Beschäftigung ausüben darf. Dabei ist der Abschluss nicht an die Tätigkeit gekoppelt. Die Erfahrungssäule ermöglicht Fachkräften die Einwanderung, auch wenn der Berufsabschluss nicht vorher formal anerkannt ist. Voraussetzung ist ein Arbeitsvertrag in einem nicht-reglementierten Beruf. Zudem benötigen sie eine berufliche Qualifikation, eine mindestens zweijährige Berufserfahrung und einen bestimmten Verdienst oder die Geltung eines Tarifvertrags. Die Potenzialsäule richtet sich an Menschen, die noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland haben. Kern der Potenzialsäule ist die Einführung einer Chancenkarte zur Arbeitssuche. Dabei wird das Potenzial für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration mittels eines Punktesystems ermittelt. Kriterien sind unter anderem die Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Deutschlandbezug und Alter.
2. Fachkräfte mit akademischer Ausbildung haben die Möglichkeit die Blaue Karte EU ohne Zustimmung der BA zu erhalten. Voraussetzung ist, dass sie ein Gehalt von mindestens 56,6 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung erreichen und keine Ablehnungsgründe vorliegen (siehe § 18 g Absatz 1 AufenthG). Die Gehaltsschwelle ist aus Sicht des VKAD trotz vorgesehener Absenkung zu hoch. Hintergrund ist, dass das dringend benötigte Pflegefachpersonal mit einem im Ausland erworbenen akademischen Abschluss die Gehaltsschwelle kaum erreichen kann. Zwar sind

Sonderregelungen für die Ausstellung der Blauen Karte und die Absenkung der Gehaltsschwelle auf 45,3 Prozent vorgesehen (siehe Absatz 2 Nummer 2 AufenthG), falls die Personen eine akademische Ausbildung in Engpassberufen nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 absolviert haben, allerdings fehlen in dieser Aufzählung Health professionals (Nursing professionals) der ISCO-Gruppe 22. Diese Gruppe ist aus Sicht des VKAD aufzunehmen, um den vom Wissenschaftsrat definierten Bedarf von 10-20 Prozent akademischen Fachpersonals in der Pflegepraxis früher zu erreichen. (Eine weitere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, in welchem QN, Pflegefachkräfte mit ausländischem Hochschulabschluss, die erweiterte Kompetenzen erworben haben, eingruppiert werden).

3. Der VKAD unterstützt, dass geduldete Personen, die während ihres Aufenthalts im Bundesgebiet eine nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften geregelte, staatlich anerkannte Ausbildung in einer Pflegehilfstätigkeit abgeschlossen haben, in den Kreis der Personen aufgenommen werden, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 19d Absatz 1 erhalten können. Für die Integration in den Arbeitsmarkt ist die Anpassung des Pflegeberufgesetzes von großer Bedeutung. Der Übergang nach dem Abschluss der Fachassistentenausbildung in die 3jährige Pflegefachkraftausbildung muss gewährleistet sein, um Personen aus Drittstaaten, die ihre Ausbildung zur Pflegefachassistenz erfolgreich absolviert haben, Anschluss- und Bildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege zu bieten. Dafür sollten die Voraussetzungen für die Pflegefachausbildung unter § 11 des Pflegeberufgesetzes entsprechend angepasst werden, um Menschen ohne formale Schulbildung, jedoch mit einem Abschluss zum Pflegehelfer, den Übergang in die generalistischen Pflegeausbildung zu ermöglichen.
4. Drittstaatsangehörige, die noch keinen Arbeitsvertrag in Deutschland haben, sollen mit der Chancenkarte neue Möglichkeiten zur Arbeitssuche und Ausbildungsplatzsuche erhalten. Die Chancenkarte wird auf Basis eines Punktesystems für maximal ein Jahr erteilt. Punkte gibt es dabei für eine Teilanerkennung des ausländischen Abschlusses, Sprachkenntnisse, Alter und Berufserfahrung. Während der Arbeitssuche sollen Probe- oder Nebenbeschäftigungen erlaubt sein. Das macht es Arbeitgebern und potenziellen Beschäftigten einfacher, sich gegenseitig kennenzulernen. Die Chancenkarte wird vom VKAD grundsätzlich positiv eingeschätzt, da sie die Möglichkeit bietet, Menschen ohne Arbeitsvertrag den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Gesetzesentwurf fehlen allerdings konkrete Hinweise zum erforderlichen deutschen Sprachniveau. Unter § 20a Absatz 2 wird auf hinreichende Sprachkenntnisse hingewiesen und in der Begründung auf s.79 das A2- Niveau des Europäischen Referenzrahmen verwiesen. Diese konkrete Empfehlung zum Europäischen Referenzrahmen sollte in das Gesetz übernommen werden.

Förderangebote für die Ausbildung von Menschen aus Drittstaaten müssen zudem deutlich ausgebaut und unbürokratisch zu beantragen sein. Es ist wichtig, dass die neue Fachkraftoffensive von entsprechenden Angeboten der BA zur Integration auf dem Arbeitsmarkt flankiert werden. Die Träger der praktischen und schulischen Ausbildung benötigen für die Ausbildung von Menschen aus Drittstaaten, mehr zeitliche Ressourcen und erweiterte Kompetenzen. Diese Ausbildungsleistung muss sich im Ausbildungsbudget abbilden.

Kontakt VKAD:

Andreas Wedeking

E-Mail: andreas.wedeking@caritas.de

Telefon: 030 284447-852